

Antrag

der Fraktion der FDP/DVP

**zu der Großen Anfrage der Fraktion der FDP/DVP
– Drucksache 15/2402**

Expertise des Bildungsforschers Prof. Dr. Klaus Klemm für die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) zu den „Auswirkungen der demografischen Entwicklung auf den Lehrkräftebedarf allgemein bildender Schulen in Baden-Württemberg“

Der Landtag wolle beschließen,

die Landesregierung zu ersuchen,

mit Hilfe der im Zuge zurückgehender Schülerzahlen frei werdenden Lehrerstellen ein Maß der Lehrerversorgung sicherzustellen, das

1. zum Ziel einer ausreichenden Unterrichtsversorgung die Aufstockung der Krankheitsvertretungsreserve auf 2,5 % bis 2016 sowie den vollständigen Abbau der sogenannten Überstundenbugwelle gewährleisten kann;
2. es – auch durch Verankerung der Ganztagschule im Schulgesetz – bis 2016 allen Schulen ermöglicht, auf eigenen Wunsch Ganztagschule zu werden, und hierfür als Regelmaß vier zusätzliche Lehrerwochenstunden je Klasse sowie darüber hinaus für gebundene Ganztagschulen – nach Genehmigung durch das Ministerium – sechs Lehrerwochenstunden je Klasse vorzusehen;
3. es bis 2016 gewährleistet, dass von mindestens einem Drittel der Schülerinnen und Schüler der Primarstufe und der Sekundarstufe I mit diagnostiziertem sonderpädagogischen Förderbedarf ein inklusives schulisches Angebot in Anspruch genommen werden kann.

11. 04. 2013

Dr. Rülke, Dr. Timm Kern
und Fraktion

Begründung

Die grün-rote Koalition ist angetreten mit dem Versprechen, sie werde „die Qualität im Bildungswesen spürbar verbessern“ (grün-roter Koalitionsvertrag, S. 3). Die FDP/DVP-Fraktion unterstützt die Koalition in dieser Zielsetzung und schlägt deshalb vor, die wichtigen (auch im Koalitionsvertrag verankerten) bildungspolitischen Zielsetzungen „Verbesserung der Unterrichtsversorgung einschließlich der Krankheitsvertretung“, „Ausbau der Ganztagesangebote“ und „Ausbau inklusiver Angebote“ mit konkreten Zielzahlen zu versehen.

Ähnlich wie dies Professor Dr. Klaus Klemm in einem Gutachten im Auftrag der GEW getan hat, kann auf dieser Grundlage für die kommenden Jahre eine seriöse Berechnung des tatsächlichen Bedarfs an Lehrerstellen sowie der nach Abzug dieses Bedarfs tatsächlich frei werdenden Lehrerstellen vorgenommen werden. Ohne eine solche seriöse Berechnung drohen Stellenkürzungen – zumal in einem Umfang, wie es die Landesregierung mit 11 602 kw-Vermerken vorsieht – aus Sicht der FDP/DVP-Fraktion zu Lasten der Qualität der Unterrichtsversorgung zu gehen.